

10 Nummern
Deutschland
(inkl. Zustellung)
err. Postsparkassen-
Konto Nummer 119.471

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
(OPPOSITION)

Erscheint vierzehntägig
Redaktion und
Administration:
III., Mohsgasse 35/27a
Telephon Nr. 86-8-23

2. Jahrgang

Wien, Mitte Juli 1928

Nr. 32

Die Toten des 15. Juli mahnen!

Ein Jahr nun liegen sie unter der Erde, unsere Brüder und Schwestern, neunzig an der Zahl, von kapitalistischen Kugeln hingemeuchelt.

„Der 15. Juli war nur ein kleiner Eisenbahnunfall . . . Der 15. Juli ist für die Arbeiterschaft eine längst überwundene Phase“ . . . So spricht durch den Mund ihres Führers Dr. Renner die Sozialdemokratie.

Die Bourgeoisie aber klopft schmunzelnd auf ihre mit Milliardenproften gespickten Taschen und jubelt und jauchzt: Das hat sich rentiert, dieses Blutbad! Das beste Öl für die „Produktion“ ist — Arbeiterblut!

Und sie ruft zur Siegesfeier.

Für den 15. Juli ruft sie für alle Orte der Provinz — auch schon für viele Orte Niederösterreichs — die Heimwehren zum Aufmarsch, für Wien aber ruft sie ihren Heerbann zu Massenversammlungen.

Zum 15. Juli mobilisiert die Bourgeoisie zur nächsten Teiloffensive, die den Mieterschutz durchbrechen soll.

Zum 15. Juli mobilisiert die Bourgeoisie, um ihre gesteigerte Macht vor Augen zu führen:

Der Arbeiterschaft um sie einzuschüchtern;

Dem Kleinbürgertum, um es von dem Traum einer selbständigen politischen Rolle zu kurieren, breite Teile unter die großkapitalistischen Fittiche zurückzuleiten und sich jene soziale Basis zu schaffen, die den faschistischen Endstoß erleichtern soll.

Die sozialdemokratische Führung jedoch pilgert zu den Gräbern der Juligefallenen, um mit den Fluß ihrer Tränen die Spuren zu verwischen jener sozialdemokratischen Unterlassungen und Taten, die geführt haben vom November 1918 bis zur blutigen Niederlage vom 15. Juli und darüber hinaus.

Die toten Julikämpfer wollen keine Tränen! Am wenigsten die Krokodilstränen jener, die selbst am Grabe der Julioffer beteuern werden, daß sie dem Kampf ausweichen um dem Proletariat — Blutopfer zu ersparen. . . .

Eins wollen die toten Julikämpfer und nur eins: Den Sieg der Klasse, für die sie gefallen, den Sieg der Arbeiterklasse.

Weil dieser Sieg unmöglich ist, solange die breiten Massen der Arbeiterschaft nicht vollkommen klar verstehen,

warum die Julioffer gefallen

darum ist diese Frage, die Frage, die sich jeder Arbeiter gerade zum 15. Juli stellen und beantworten muß im Geiste der teuren Toten.

„Wir sind mit anderen Gegnern fertig geworden“ bramarbasieren die sozialdemokratischen Führer. In der Tat, Habsburg wurde gestürzt. Aber durch die Armeen der Entente und die nationalen Revolutionen der unterdrückten Völker.

Die Bourgeoisie duckte sich, benützte die Sozialdemokratie, um das gesteigerte Machtbewußtsein der Arbeiter sich nicht dauernd verankern zu lassen und legte im Stillen die ersten Grundlagen zu ihren Faschistenformationen.

Die Empörung der Massen ist keine Ware, die man dauernd aufs Eis legen kann.

Die revolutionäre Hochflut der Massenbewegung ausnützen zur dauernden Verankerung der Macht der revolutionären Klasse durch klassenmäßige Umkrempelung des ganzen Staatsapparates, das ist die Grundlehre der Revolution.

Die Sozialdemokratie jedoch ließ den kapitalistischen Staatsapparat vollkommen intakt. Mehr noch. Sie gab der Polizei Gewehre und Maschinengewehre.

Sie hintertrieb die Bewaffnung der Arbeiter, sie entwaffnete die Arbeiter, während sie unter dem Titel „Flurschutz“ den Keimformen der Heimwehr Waffen zukommen ließ. Sie löste die Rote Garde auf. Sie sabotierte die Organisation, die Ausrüstung, die Bewaffnung der Ordnerwehr zu einer Zeit, da all dies hätte spielend durchgeführt werden können.

Lieber drängte sie die revolutionäre Opposition, die darum kämpfte, aus den Reihen der Partei. Schon daraus geht hervor, daß die Sozialdemokratie diese entscheidenden Unterlassungen und Handlungen, die der Arbeiterschaft heute so unfassbar sind, nicht aus irgend einer irigen Auffassung sondern vollkommen bewußt begangen hat.

Das Verhalten zu den eigenen Fehlern ist das wichtigste Merkmal einer ernsten proletarischen Partei.

Wenn die Sozialdemokratie, indem sie zum Beispiel den kapitalistischen Polizeiapparat intakt ließ, nur einen „Fehler“ begangen hätte, dann hätte sie schon längst, spätestens nach dem 15. Juli, vor die Massen treten und die Tatsache dieses Fehlers und seine Tatsache offen bekennen müssen.

Warum tut sie das nicht?

Weil sie keinen „Fehler“ begangen hat!

Weil sie Schober, weil sie die Schoberpolizei, weil sie den ganzen Staatsapparat nach reiflicher Ueberlegung und wohlwogenem Plan in seiner kapitalistischen Zusammensetzung intakt gelassen hat!

Weil sie ihre Hauptaufgabe gerade in den Umsturzjahren vor allem darin sah — nicht wie sie vorgab und vorgibt die Putschtaktik — sondern die proletarische Revolution selbst zu verhindern!

Weil sie das leisten konnte nur, indem sie den kapitalistischen Staatsapparat klassenmäßig unverändert ließ, um sich auf ihn gegen die Arbeiter stützen zu können.

Weil diesen „Fehler“ offen bekennen, hieß, offen die Wahrheit bekennen, die Wahrheit, daß die Sozialdemokratie keine proletarische Partei mehr ist! diese Wahrheit die die Sozialdemokratie, selbst nie einbekennen wird, weil das radikale Kleinbürgertum, dessen Partei sie in Wirklichkeit ist, nicht daran denkt sich um die Gefolgschaft der Arbeiter zu bringen!

Und wie sie der Kapitalistenklasse alle realen Machtpositionen klassenmäßig ließ, so half sie ihr auch wirtschaftspolitisch über die kritische Zeit hinweg. Unter der Losung: „Erst Wiederaufbau, dann Sozialisierung!“ führte sie die Massen zum Neuaufbau der aus den Fugen geratenen kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft.

So trieb es die Sozialdemokratie in den besiegten Staaten. Und in den Siegerstaaten stand sie erst recht auf der Seite „ihrer“ Bourgeoisie. So half die Sozialdemokratie den Kapitalisten in der ganzen Welt, das Proletariat niederzuwerfen, niederzuhalten, ihre Macht zu behaupten. So — durch die Schuld der Sozialdemokratie! — erwuchs die Weltreaktion.

Die Rechnung der Sozialdemokratie hatte ein Loch. Die Bourgeoisie ließ sich die Hilfe gerne gefallen und sie half ihrerseits gerne der Sozialdemokratie. Aber als sie die sozialdemokratische Hilfe nicht mehr nötig hatte, als sie dank der sozialdemokratischen Hilfe stark genug geworden war, da stellte sie die sozialdemokratischen Führer — außerhalb der Regierung, damit sie ihr nun aus der Opposition heraus — helfen. Und sie hat sich in ihnen nicht getäuscht.

Die Bourgeoisie begann die

Sanierungsoffensive,

die Sanierung auf Kosten der Arbeiter. Wäre sie möglich gewesen ohne die Zustimmung, ohne die Hilfe der Sozialdemokratie? Niemals! Die Genfer Sanierung wurde mit Hilfe der Sozialdemokratie angenommen und durchgeführt.

Als so die Kapitalisten die relative Stabilisierung ihres Staates erzielt hatten, da begann dieselbe Sozialdemokratie, ohne deren Hilfe das nie hätte erreicht werden können, zu schreien und schreit es noch heute, so oft die Arbeiter auf ihre Lage hinweisen: Gegen den stabilisierten Kapitalismus ist schwerer zu kämpfen, als vorher gegen den labilen . . .

Die neuen Tatsachen, die die Sozialdemokratie durch ihre eigene Politik mit hervorruft, mitschafft — darüber schweigt sie wohlweislich vor den Arbeitern! — benützt sie jedesmal, um den Arbeitern zu beweisen, daß die Politik fortgesetzt werden müsse. Auf die von ihr mitgeschaffenen Tatsachen beruft sie sich als Hindernis so oft die Arbeiter Kampf fordern.

Sich hinter der von ihr selbst mitgeschaffenen

Tatsache der relativen Stabilisierung deckend, macht sie die Mauer der weiteren Offensive der Kapitalisten, der

Rationalisierungsoffensive.

Dieser Offensive, in der die Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter nun ihre Wirtschaft sanieren. Diese Offensive in der die Kapitalisten Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit stoßen, und sie als Druckmittel benützen die Ausbeutung der Beschäftigten unausgesetzt zu steigern bei sinkenden Reallöhnen, im bestem Fall verschleiert durch paar Groschen höhere Geldlöhne. Wäre die kapitalistische Rationalisierungsoffensive möglich ohne die Mitarbeit der Sozialdemokratie? Niemals!

Die wirtschaftliche Offensive kombinierte und kombinierte die Bourgeoisie mit der

faschistischen Offensive.

Mord an Birnecker! Mord an Still! Mord an Kovarik! Mord an Müller! Mord an Cmarits und dem Arbeiterkind! Schattendorf . . .

Und die Sozialdemokratie?!

Schöne Grabreden und polternde Drohworte, denen niemals die Tat folgte. Die Faschisten lachten sich ins Faustchen und wurden immer frecher, kühner.

Statt ihnen energisch das Handwerk zu legen, statt entschlossen zu handeln, statt zu rüsten, statt den Kampfwillen der Arbeiter zu stärken, betrieb die Sozialdemokratie unausgesetzt die geistige Lähmung der Arbeiterschaft: „Wir werden mit den Waffen des Geistes siegen!“ . . . „Aufklärung ist der Tod der Heimwehren!“ . . . „Der Stimmzettel erobert uns die Staatsmacht!“ . . . Sie kastrierte die Arbeiterschaft, beschränkte sie auf Propaganda und Stimmzettel und ließ und läßt die Tat den Faschisten. Nach dem Wahlsieg liefert es schließlich die Arsenalwaffen aus.

So kam der

15. Juli.

Die Schattendorfer Mörder waren freigesprochen worden. Von Gerichtswegen wurde bekundet, daß die Arbeiter Freiwillig sind in Oesterreich. Die Arbeiter gingen auf die Straße, um dagegen zu demonstrieren. Kavallerieattacken, Einzelfeuer, Salvenfeuer, Massenfeuer war die Antwort der Bourgeoisie. Mit Gewalt und Waffen griff sie das Proletariat an und das demokratische Grundrecht, die Meinung durch Demonstration zu bekunden. Wie Hasen wurden die wehrlosen, unbewaffneten Arbeiter niedergeschossen.

Tausendmal hatte die Sozialdemokratie den Arbeitern feierlich versprochen: wenn das Proletariat wenn die Demokratie gewaltsam angegriffen wird, dann werden wir auf Gewalt mit Gewalt antworten Nun war die Stunde da, das feierliche Versprechen

einzulösen. Statt dessen tat die Sozialdemokratie alles die Massenbewegung niederzuhalten, einzulösen.

Seit 1848 ist der 15. Juli die schwerste Niederlage, die das österreichische Proletariat erlitten. Nach zehn Jahren Republik diese Niederlage! Sie war das Ergebnis von 10 Jahren sozialdemokratischer Politik.

Dank der sozialdemokratischen Politik wurde der 15. Juli weiterwirkend zum Ausgangspunkt weiterer Niederlagen. Während die Bourgeoisie sofort auf das energischste daran ging den 15. Juli zur Stärkung ihrer Machtpositionen auf der ganzen Linie auszunutzen und sie zugleich in klingenden Vorteilen auszunutzen, setzte die Sozialdemokratie ihre „altbewährte“ Taktik des „Ausweichen“, „Opfervermeiden“, „mit den Waffen des Geistes siegen“ fort und erschöpfte sich in Anstrengungen ihre Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik durch eine Koalitionsregierung zu krönen. So kam der

Alpinekampf.

Statt Kampf — das „altbewährte“ Ausweichen.

Ergebnis: Die offizielle Anerkennung der faschistischen Gewerkschaften von Gewerkschaftswegen durch die sozialdemokratischen Führer.

Und schon stößt der Faschismus wieder vor. Von Steiermark nach Niederösterreich

Einkreisung Wiens!

lautet die Parole. In den Industrieorten Niederösterreichs läßt die Bourgeoisie die Faschisten aufmarschieren, um die Arbeiter rings um Wien einzuschüchtern. Statt entgegenzutreten, weicht die Sozialdemokratie aus. Die Arbeiter sehen sich ohne Schutz. Den Faschisten steigt der Kamm, sie machen kein Geheimnis, daß sie nach Mussolinimuster den Marsch auf Wien vorbereiten.

Dafür die nötige soziale Basis zu schaffen bemüht sich emsig die Bourgeoisie. Insbesondere arbeitet sie daran Arbeiter ins Faschistenlager zu ködern. Das Mittel, das sie hiezu in Steiermark angewendet, das Aufziehen faschistischer Gewerkschaften, faschistischer Arbeitsnachweise, die jenen Arbeit vermitteln, die sich dem Faschismus in die Arme werfen, während klassenbewußte Arbeiter aufs Pflaster gesetzt werden um Platz zu machen, dieses Mittel werden die Kapitalisten auch anderswo versuchen. Auch in Wien!

Das sind die Perspektiven. Die Sozialdemokratie sieht das und — weicht weiter aus: „Um Opfer zu vermeiden“ und tröstet sich mit dem

Sport.

„Seht hin wie unsere Lehrlinginnen und Lehrlinge wandern, wie anders sie aussehen! Seht die hunderttausend Arbeiterfamilien, die längst der Donau den Sonntag verbringen, wie gesund! Das wird sich auswirken!“

Die guten Absichten in Ehren. Aber unter der sozialdemokratischen Führung wirkt sich die ganze Arbeitersportbewegung dahin aus, die Arbeiter gesünder zu machen, tauglicher zu der wahnsinnig gesteigerten kapitalistischen Ausbeutung.

Unter der Sozialdemokratie ist der Arbeitersport eine Profitquelle — für die Kapitalisten.

Kraftquelle für die Arbeiterschaft ist und wird die Arbeitersportbewegung nur dort, wo sie sich nicht begnügt mit Körperkultur sondern wo sie die körperliche Ertüchtigung selbst bewußt fördert als Mittel für den revolutionären Kampf.

Zehn Jahre führte die Politik des Proletariats die Sozialdemokratie. Nur nach den Resultaten ihrer Politik können wir sie beurteilen. Zehn Jahre proletarischer Politik unter sozialdemokratischer Führung führten zum 15. Juli.

Die Sozialdemokratie hat gewaltige Verdienste um die Arbeiterschaft. Wer die historischen Leistungen der alten Sozialdemokratie leugnet, der hat keine Ahnung von der Geschichte der Arbeiterbewegung. Aber die Sozialdemokratie von heute ist nicht die Sozialdemokratie von ehemals. Der Namen deckt nicht mehr den alten Inhalt. So wie unter dem Namen Christlichsoziale Partei aus der alten konservativ-kleinbürgerlichen Volkspartei die Partei des Großkapitals wurde, so hat sich die Sozialdemokratie aus der Arbeiterpartei unter Beibehaltung des Namens zu einer klassenmäßig anderen Partei gewandelt, zur radikal-kleinbürgerlichen Volkspartei. Das ist das Geheimnis der Niederlagen der Arbeiterklasse. Der Arbeiterklasse fehlt die Hauptwaffe: die Klassenpartei, die sie zusammenfaßt nicht zum Kampf für die Interessen der „Wirtschaft“, des „Volkes“, das ist der Bourgeoisie, sondern zum Kampf für ihre eigenen, für ihre proletarischen Klasseninteressen.

Die Toten mahnen!

Wehrt euch! Kampf dem Faschismus! Kampf der Verelendung! Kampf um höhere Löhne, um Arbeit und Brot den Arbeitslosen! Kampf für die Wehrhaftmachung der Arbeiterklasse!

Wehrt euch! Schafft euch die Führung für euren Kampf! Kann die Sozialdemokratie die die Arbeitsgemeinschaft mit denselben Kapitalisten pflegt die euch angreifen, die als höchstes Ziel anstrebt die Koalitionsregierung mit denselben Kapitalisten, die euch im Betrieb bis aufs Blut ausbeuten und auf der Straße durch die Faschisten oder die Schoberpolizei niederknallen lassen, kann diese Partei euren Abwehrkampf überhaupt führen? Niemals!

Wehrt euch! Schafft euch zur Führung des Klassenkampfes die proletarische Klassenpartei!

Die Toten mahnen!

Der 15. Juli und die Kommunistische Partei.

Breite Massen der Arbeiterschaft beginnen zu fühlen, daß die sozialdemokratische Politik nicht vorwärts sondern rückwärts führt. Die erste Form, in der sich die Loslösung vollzieht, ist die innerliche Entfremdung. Die Arbeiter bleiben noch bei der Sozialdemokratie, aber der Glaube an sie beginnt bei vielen zu schwinden und an seine Stelle tritt in wachsendem Maße Mißtrauen, Mißtrauen gegen jede politische Partei — Indifferenz!

Das ist die größte Gefahr, daß die Indifferenz in der Arbeiterschaft wächst, daß die Arbeiter sich der Sozialdemokratie zu entfremden beginnen, aber sich nicht wenden in revolutionäre Richtung. Die sozialdemokratischen Arbeiter beginnen sich innerlich von ihrer Partei loszulösen, aber sie denken nicht daran zur Kommunistischen Partei zu gehen. Der Zustand der Kommunistischen Partei selbst ist es der sie veranlaßt trotz alledem bei der Sozialdemokratie zu bleiben.

So trägt auch die Kommunistische Partei die volle Verantwortung für die dem Proletariat immer gefährlicher werdende Lage.

Die Toten mahnen! Auch zu den Kommunisten und zu ihnen vor allem sprechen die toten Julikämpfer!

Schluß mit den Illusionen!

„Wenn die Opposition draußen ist, dann wirds gehn!“ Nun die Opposition ist 1 1/2 Jahre draußen. In Oesterreich wurde mit diesem System der Anfang gemacht. Und das Ende? Vollkommene Stagnation, vollkommene Passivität, Rückgang auf der ganzen Linie. Selbst nach dem 15. Juli.

Wir freuen uns darüber nicht. Im Gegenteil. Wir wären froh, wenn die Tatsachen uns unrecht gäben. Wir würden nicht zögern dies offen anzuerkennen und die Konsequenzen zu ziehn. Aber leider: die Tatsachen geben uns nur allzu recht.

Die Toten mahnen!

Prüft die Ursache des Zustandes der Kommunistischen Partei! Redet euch nicht aus auf Seipel,

auf Bauer, auf die „objektiven Verhältnisse“. Absoletes politisches Versagen der Partei durch lange Jahre verbunden mit der Erdrosselung der letzten Möglichkeit die Partei zu gesunden, Erdrosselung der Parteidemokratie und Ausschluß aller Kommunisten, die nicht blindlings zu allem ja und amen sagten, was da als „kommunistische“ Politik auftrat.

Glaubt ihr Stalins Aufruf über die Parteidemokratie habe das aus der Welt geschafft? Von Parteidemokratie reden, ihre Vorkämpfer aber in Sibirien und außerhalb der Partei zu lassen, auf den Schwindel fallen selbst die österreichischen Kommunisten nicht herein, geschweige denn die österreichischen Arbeiter.

Laßt fahren die Spekulation auf den Zusammenbruch der Opposition! Sie kann schon aus dem Grunde allein nicht zusammenbrechen, weil ihr sie durch euer System in eurer Mitte selbst zwangsläufig immer wieder hervorrufen müßt.

Soll das so weitergehn? Soll die kommunistische Sache in Oesterreich weiter den Gegnern zu Gespött dienen? Soll das so weitergehn, daß die an der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie verzweifelnden Arbeiter kein revolutionäres Zentrum finden, um das sie sich gruppieren könnten?!

Die Toten mahnen!

Offene brüderliche Aussprache vor den Kommunisten, vor den Arbeitern! Um vor den Kommunisten, vor den Arbeitern, vor den Massen den ersten Willen zu beweisen die Vergangenheit zu überwinden und sie zu überzeugen, daß die Zeit der Illusionen und Kindereien ernstlich vorüber ist und daß die Zeit der ersten Kommunistischen Partei in Oesterreich beginnt.

Einigung der Kommunisten auf Grundlage der gemachten Erfahrungen auf dem Boden des Leninismus!

Das ist die Mahnung der toten Julikämpfer an die Kommunisten.

Der Gewerkschaftskongreß.

Das gab diesem Kongreß das Gepräge, daß er über die Gewerkschaftsfragen, die die Arbeiter heute am meisten bewegen — schwieg. Kein Wort über die Lohnkämpfe der letzten Jahre. Kein Wort über den Betriebsfaschismus. ~~Kein Wort über den Alpinekampf.~~ Eine Aussprache darüber hätte die Arbeiter in das Wesen der reformistischen Gewerkschaftspolitik

blicken und sie erkennen lassen, wie die sozialdemokratischen Führer mit dem Latein ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik immer mehr ans Ende kommen. Darum dieses Schweigen, das lauter spricht als alle Referate und Resolutionen.

Gewiß die Anerkennung der Faschistengewerkschaften durch die freien Gewerkschaften, dieser Vertrag mit dem Stahlwerksverband, gilt formell nur für ein bestimmtes Gebiet. Faktisch aber ist er Präzedenzfall für alle anderen Gebiete. Die Gewerkschaftspresse, namentlich der „Metallarbeiter“, tut alles mögliche um den schlimmen Eindruck hievon im Bewußtsein der Arbeiter abzuschwächen. Auf dem Kongreß setzte Hueber diese Vertuschungsarbeit fort.

Ein positives Ergebnis hat der Kongreß: an die Stelle der lose durch die Gewerkschaftskommission verbündeten Gewerkschaften tritt der zentralisierte Bund der österreichischen Gewerkschaften mit dem Bundesvorstand an der Spitze. Dieser verfügt über eigene Finanzen (5 Groschen pro Mitglied) und über die Landessekretariate, die finanziell von ihm abhängen. Gegenwärtig bedeutet diese Zentralisierung freilich nur, daß die Macht der reformistischen Führer über die Arbeiter gestärkt wird.

Die lange Debatte über die Industriegruppenorganisation kann nicht darüber täuschen, das praktisch alles beim Alten bleibt. Denn das bedeutet jener Beschluß, der den Bundesvorstand beauftragt in der Richtung auf die Organisierung der Industriegruppen hinzuwirken. Es bleibt bei der Zersplitterung in 56 Gewerkschaften, während die Kapitalisten durch paar Großbanken zusammengefaßt sind. Zukunftgeist über Klasseninteresse ist ein Wesensmerkmal des Reformismus.

Über die wirtschaftliche Lage sprach Bauer. Hueber sagte, sein Referat habe die Grundlage gelegt für die Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre. Mit der Tatsache, daß die Profite der Kapitalisten weit höher gestiegen sind und steigen als die Geldlöhne — wobei die Reallöhne immer weiter fallen! — mit dieser grundlegenden Tatsache befaßte sich Bauer, großzügig wie er nun mal ist, gar nicht. Desto mehr suchte er einzuhämmern, daß allen Lohnkämpfen bei uns ein Schranke gesetzt sei, die Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten. Das alte Lied aller Reformisten von Amerika bis Australien . . . Nach Bauer steht Oesterreich vor einem Wendepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung und auch für die Arbeiterschaft sieht er bessere Zeiten nahen. Und zwar so: Während der Kriegsjahre 1914—18 sanken die Geburten. Das beginnt sich 1929 auszuwirken als verringertes Angebot auf dem Arbeitsmarkt. In den nächsten acht Jahren werden dadurch nach Bauer um

200.000 Arbeitskräfte weniger auf den Markt kommen. (Vor einem Jahre schätzte er auf 100.000 und das war richtiger.) Dadurch, automatisch, ohne Klassenkampf wird sich nach Bauer die Lage der Arbeiterschaft allmählich bessern. Daran ist soviel richtig, das jenes verringerte Angebot in der Tat als Erleichterungstendenz in den nächsten Jahren wirken wird. Die Gegentendenzen freilich hat Bauer gerade nur erwähnt ohne sich näher mit ihnen zu befassen. Aber gerade das ist nötig, wenn es um eine ernste Prognose geht.

Zunächst einmal wirkt entgegen die fortschreitende Rationalisierung. Bauer begnügte sich da auf das Referat Schorsch's zu verweisen. Nun es wurde darüber eine ganz schöne Resolution angenommen. Gleichzeitig aber wurden Domes und andere in das „Kuratorium für Wirtschaftlichkeit“ entsendet, um dort zusammen mit den Kapitalisten die Rationalisierung zu studieren. Was dieses mit den Kapitalisten zusammen „Studieren“, bedeutet, wer das noch nicht versteht, dem wirds die Praxis bald zeigen. Durch alles Gerede hindurch zeigt dieser Eintritt, wie es die Reformisten in der Praxis mit der kapitalistischen Rationalisierung halten werden. An ihnen wird sie kein ernstes Hindernis finden. Soweit es auf sie ankommt, wird die Fabrikation von Arbeitslosen weitergehn.

Dazu kommt als Ausfluß der anhaltenden Rationalisierung und des damit Hand in Hand gehenden Sinkens der Massenkaufkraft die allgemeine Wirtschaftskrise. Vorsicht ist am Platz bei Bestimmung des Termines des Krisenausbruchs. Das aber kann mit Sicherheit gesagt werden, daß die Weltproduktionskrise naht und spätestens in den nächsten Jahren kommt und mit den Bauerschen Phantasien manches andere wegfehen wird.

Mit der Besserung für die Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, noch dazu der automatischen, kampflösen Besserung hats also seine Wege.

In einem einzigen kurzen Satz hat Hueber den ganzen Inhalt des Kongresses und zugleich das Wesen der reformistischen Gewerkschaftsbewegung zusammengefaßt: Die Gewerkschaften sind die Säulen dieses Staates. So offen hat es selbst Gompers nicht gewagt auszusprechen, daß die Reformisten sich als den wichtigsten Teil des kapitalistischen Herrschaftsapparates betrachten, wie sie es ja in der Tat auch sind. So sicher halten die Reformisten die Revolution als erledigt, daß sie es wagen die nackte Wahrheit auszusprechen. Hueber hat recht. Bis die Lage der Bourgeoisie wirklich kritisch werden wird, werden sie wieder ihre wichtigste Stütze hervorholen, um das Spiel von 1918—20 zu wiederholen. Aber gerade die akute Krise wird zeigen, daß die Arbeiterschaft denn doch mehr aus den bitteren Erfahrungen lernt, als sich die Reformisten träumen lassen und desto mehr lernen wird je mehr die Kommunisten es lernen, den Arbeitern die bitteren Erfahrungen zum klaren Bewußtsein zu bringen.



ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Zuschriften für die „Rote Volkstribüne“ sind an die Administration Wien, III, Mohsgasse 35/27a zu richten

Julierinnerung.

Werte Genossen!

Der Freispruch der Schattendorfer Mörder durch die Klassenrichter am 14. Juli brachte auch die Arbeiter in meinem Betrieb zur Empörung, so daß am 15. Juli 8 Uhr morgens die Arbeit schon eingestellt war. Etwa 2000 Arbeiter versammelten sich ein Redner verlangte sofortigen Abmarsch. Ein Betriebsrat suchte telephonisch den sozialdemokratischen Parteivorstand. Der war nicht zu finden. Um 9 Uhr wurde abgestimmt. Die Mehrheit ergab: abwarten und zur Arbeit gehen. Gegen elf Uhr kam eine Direktive, Abmarsch 1/21 Uhr. Um 1/22 Uhr waren wir beim Justizpalast. Gleich darauf begannen die Salven. Erst blind dann scharf. Und Einzelfeuer gezielt auf Menschen, wie auf einer Jagd nach Wild in den Straßen Wiens. Gleich in der Nähe wo angeblich der eiserne Mann auf dem Rathaus die rote Fahne in der Hand hält. Die Masse stob auseinander. Wir kamen zu der Gasse, wo die Feuerspritze, etwa 200 Ordner vergattert im Zug daneben. Sie mußten ebenso rennen wie die anderen. Ihre „Kampfmittel“ versagten. Denn die Mannlicher Geschoße saubten und mancher der fliehenden fiel von rückwärts meuchlerisch niedergeschossen. Hätte es das geben können, wenn der sozialdemokratische Parteivorstand statt die Feuerspritze die Massen geführt hätte? Sie hätten die Brut erdrückt, wenn sie rechtzeitig eingesetzt worden wären. Die Massen wurden aber von der SP zurückgehalten. Unbewaffnet gegen Bewaffnete, zizerlweis kamen sie in Kampf. So kam die Niederlage. S'nächstmal werden wir halt mehr Sozialdemokraten wählen und der Sieg ist sicher.

Mit proletarischem Gruß

R. H. XXI.

Die Beeridigung der Juliopter.

Werte Genossen!

Als Delegierter eines Betriebes durfte ich an der Beeridigung der von der Schoberpolizei meuchlings ermordeten Arbeiter teilnehmen. Vom Schwarzenbergplatz bis zum Zentralfriedhof hatte ich Gelegenheit, von der Elektrischen mir die Werkzeuge dieser Ausbeuterordnung zu besichtigen. Bei jeder Straßenecke standen diese Schobergardisten mit Gewehren und warteten auf neue Befehle ihres Häuptlings.

Ich ließ mir das alles durch den Kopf gehen. Der spontane Unwille der Arbeiterschaft hatte sich gelegt. Auf Anordnung unserer Führer mußten wir einen Tag nach dem Gemetzel und der Rest der streikenden Arbeiter zwei Tage nach dem Blutbad in die Betriebe zurück (um vielleicht dem Seipel sein Gemüt nicht zu zerrütten) und arbeiten, wie wenn nichts geschehen wäre; sind das nicht herrliche Zeiten im roten Wien?

Niemand durfte seine Empörung laut zum Ausdruck bringen, denn da stand gleich ein Naderer zur Stelle, jeder mußte ruhig zusehen wie Schober mit seinen bewaffneten Truppen am Tage der Tieftrauer ganz Simmering bespickt hat. Ja die Zeiten haben sich geändert! Im Parlament haben wir viel mehr Vertreter der Arbeiterschaft als vor dem Kriege. Unsere Partei ist groß und wächst, aber machen kann man nichts. Wer erinnert sich an den 17. September 1911?! Wo unsere Führer, an der Spitze Schuhmaier, den Standpunkt vertreten haben: Das Parlament ist eine Quatschbude, die Straße ist unsere Heimat.

Mit proletarischem Gruß

A. R. XVI.

Die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Wien.

Werte Genossen!

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Juni 1928 steht unter „Tagesneuigkeiten“ zu lesen: „Die Fürsorgetätigkeit der bürgerlichen Regierung beginnt neun Monate vor der Geburt eines Menschen und endet in dem Augenblick, in dem er geboren wird; dann verfällt er der Warenumsatzsteuer, dann braucht er keine Fürsorge mehr. Im Gegenteil; die bürgerlichen Parteien sind sehr entrüstet darüber, daß nun die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde beginnt, die für den Neugeborenen Säuglingswäsche zur Verfügung stellt.“ Dies ist die Einleitung zu dem Bericht unter dem Titel: „Mörder!“ über den Fall einer Schlossergehilfsfrau, die einen verbotenen Eingriff an sich vorgenommen hat und daran gestorben ist.

Nun, zur Beruhigung aller bürgerlichen Zeitungen, die über die Fürsorgeinflation der sozialdemokratischen Gemeinde schreien, kann ich ihnen sagen, daß sie sich da ganz unnötig aufregen; es ist mit der Fürsorgetätigkeit nicht so weit her! Mit der Ausgabe der Wahlwindeln findet sie meist ihren Anfang und zugleich auch — ihr Ende. Daß der Fall Grete Binder sich nicht viel öfter als es sowieso geschieht, wiederholt, ist wirklich ein Wunder, wenn man den Kreuzweg kennt, den eine ledige Mutter macht, wenn sie bei der Gemeinde Wien, die ihre Fürsorgetätigkeit bei jeder Gelegenheit über den grünen Klee lobt, um einen noch so bescheidenen Erziehungsbeitrag einkommt. Wie erinnerlich, hat Grete Binder ihr Kind in der Lobau in einer Pfütze ertränkt, da sie nicht im Stande war, das Kostgeld für dasselbe zu bezahlen. Ich weiß nicht, wie viele Wege sie vorher gemacht hat, um von einer Seite eine kleine Unterstützung für das Kind zu bekommen ehe sie die Verzweiflung übermannt hat, aber ich weiß, wie ich selber herumgelaufen bin, um für mein Enkelkind einen Erziehungsbeitrag von der Gemeinde zu erlangen, aber da hat die berühmte Fürsorgetätigkeit schmählich versagt. Meine Tochter, ein zwanzigjähriges Mädchen, hat das Unglück gehabt, von einem ausgesteuerten, arbeitslosen Arbeiter schwanger geworden zu sein und hat es, so lange es ging, aus Furcht vor ihrem Stiefvater verheimlicht. Und als es endlich doch offenbar wurde, war es zur Hilfe schon zu spät. Vielleicht war es gut so; denn als ich heute die Notiz in der Zeitung über den Tod der armen Schlossersfrau, die aus Angst vor den Erhaltungskosten eines dritten Kindes lieber mit dem Tod spielte, ging es mir wie dem Reiter vom Bodensee, wenn ich mir vorstelle, dasselbe schauerliche Ende hätte vielleicht auch mein Kind nehmen können. Wir haben noch einen Buben mit sechzehn Jahren, der jetzt über ein Jahr in der Lehre ist, der verdient kaum seine Doppler, die er braucht, von allem andern nicht zu reden, da ich jetzt das Kleine betreuen muß, so kann ich auch keine Heimarbeit nehmen. Und wie die Heimarbeiten überhaupt bezahlt werden, weiß man ja. Meine Tochter ist Hilfsarbeiterin und verdient kaum, was sie selber braucht. Und bei diesen Verhältnissen ist unser Ansuchen rundweg abgewiesen worden, weil keine „berücksichtigungswürdigen Gründe“ vorliegen.

Also wenn man keine Verzweiflungstat ausführt, oder nicht einen Krawall macht wie der eine Arbeiter, der mit seiner Familie tagelang hungrig von einer Stelle zur anderen gezogen ist, von dem erst kürzlich „Der Abend“ berichtet hat, so lange ist man nicht bedürftig, da hat die Gemeinde kein Geld. Die Hauptsache ist, wir bekommen ein Stadion, da kann der Kleine sich einmal daran freuen, wenn er bis dahin — durch die berü — berühmte, bald hätte ich mich geirrt und geschrieben die berüchtigte — Fürsorgetätigkeit der roten Gemeinde — nicht an Unterernährung zugrunde gegangen ist.

Daß wir einer solchen Partei nicht mehr angehören wollen, ist nur natürlich, wenn man eine solche Enttäuschung erlebt. Dabei wohnen wir in einem Gemeindebau, wo der Fürsorgerat die Verhältnisse der Parteien sehr gut kennt und sicher ein Wort hätte einlegen können, wenn sich sonst schon niemand kümmert. Welch eine Schlamperie überhaupt herrscht, kann man aus der Tatsache ersehen, daß das Kind jetzt fünf Monate alt ist und noch keinen Vormund hat. So kümmert sich die Gemeinde um ihre kleinen Bürger. Aber sie verlangt, daß man ihr tüchtige, stramme Genossen erzieht im Sinne des roten Regimes, aber sie selbst macht alte, langjährige Genossen zu Gegnern; habe bereits die Kolportage der Unzufriedenen aufgegeben, da ich von der Augenauswischerei der SP genug habe und von ihr nichts mehr wissen will.

Mit proletarischem Gruß

E. F.

Ist die Mitgliedschaft bei der S. P. eine freiwillige?

Werte Genossen!

Auf diese Frage antworten die meisten sozialdemokratischen Genossen mit „ja“. Und doch ist es unrichtig. So unrichtig, wie wenn jemand behaupten wollte, daß das Proletariat sich freiwillig ins kapitalistische Joch begibt. Wenn ich behaupte, daß ein großer Teil der proletarischen Mitgliedschaft in der SP eine unfreiwillige ist, so will ich meinen Standpunkt auch begründen.

Sehr oft habe ich Gelegenheit, mich mit sozialdemokratischen Arbeitern sachlich über manche Fragen auseinanderzusetzen, wobei ich sehr oft die schwersten Vorwürfe gegen die eigene Partei und deren Führung zu hören bekomme. Frage ich dann warum sie überhaupt Mitglieder der SP sind, wenn sie die Politik der Partei für falsch halten oder warum sie dagegen nicht auftreten, bekomme ich meist zur Antwort: „Was willst machen, rühr' ich mich, und trete ich wirklich auf, heißt's ich bin ein Kommunist oder gar ein Hakenkreuzler und bei der nächsten Gelegenheit flieg ich aus dem Betrieb und kann zwei Jahre und länger spazieren gehen und Darmdürren. Du wirst wohl selber wissen wie es dir gegangen ist. Die Leut ham dir wohl recht geb'n, weist Recht g'habt hast. Zum Schluß aber wiest ehana g'fährlich word'n bist, hams di außdraht obwohlst an ziemlich sichern Post'n g'habt hast, wo's di net leicht entbehren hab'n

können. Aber auß'flog'n bist und es hat sich niemand dagegen rühr'n traut, weil a jeder die Arbeitslosigkeit fürcht'.“

Andere wieder können nicht auftreten weil sie eine Wohnung brauchen und glauben, wenn sie sich rühren, verlieren sie die Fürsprache. Dasselbe ist auch in Bezug auf Gemeindeforderungen.

Viele Parteifunktionäre sehen und erkennen bereits die Folgen dieser Kuschpolitik, bringen aber nicht den Mut auf, dagegen Stellung zu nehmen. Warum? Wieder, weil sie wirtschaftlich Nachteile daraus fürchten. So hatte ich vor kurzem eine Aussprache mit einem Sektionsleiter von Jedlese, der bittere Klage über den Mangel an aktiven Funktionären führte. Auf meinen Einwand, daß in einer so großen Partei wie die SP es ist, doch genügend Funktionäre aufzutreiben sein müßten, sagte er: „Wir bekommen schon Funktionäre, aber — die wollen dafür etwas haben. Der eine eine Gemeindeforderung, der andere will zur Tramway, der dritte ins Elektrizitätswerk, der vierte zur Gas und so weiter. Notgedrungen trägt man ihnen dann Rechnung; wenn sie aber ihre Sache sicher haben, dann pfeifen sie auf die Arbeit und wenn man sie dann schärfer packt, treten sie ganz einfach aus und wir verlieren nicht nur den Funktionär sondern auch das Mitglied. Und wir wenigen alten, die wir seit Kindheit an der Sache hängen, stehn wieder so da wie zuvor und das Spiel beginnt von neuem. Ich wäre dafür, daß man mit den Anstellungen Schluß machen sollte, dann würde wenigstens nur der zu uns kommen der wirklich Sozialist ist.“

Mit revolutionärem Gruß

J. R., Sozialdemokrat, XXI.

Geduld und — zähe Arbeit!

An die „Arbeiterstimme“!

Werte Genossen!

Der Brief des Genossen Keber aus Klagenfurt, den Ihr in Nr. 30 veröffentlicht habt, veranlaßt mich euch diese Zeilen zu schicken. Auch ich bin sowie Keber Mitglied der Kommunistischen Partei Oesterreichs und ich kenne ihre wirklichen Verhältnisse sehr genau. Mich wundert es, daß Genosse Keber, der doch immerhin auch ein wenig die wahre Lage der Partei kennt, davon spricht, er habe gedacht, die Opposition sei „sanft entschlafen“, weil er schon längere Zeit da unten in Kärnten nichts von ihr gehört hat.

Wenn unsere Führung so ohne einen Groschen Geld arbeiten müßte sowie die Opposition, wenn sie jeden Schritt so machen müßte wie die Opposition, daß heißt ohne geringste Bezahlung und jeder die notwendigen Auslagen aus seiner Tasche deckend, wenn sie die „Rote Fahne“, die Partei, aus den kargen Groschen der Mitglieder erhalten müßte so wie ihr eure „Arbeiter-Stimme“ und die Opposition, dann wahrhaftig wäre die „Rote Fahne“ schon längst sanft entschlafen.

Genossen von der Opposition! Ich rufe es euch offen zu: Es gibt viele in der Partei — und ihre Zahl wächst! — die euch um eurer Standhaftigkeit eures Opferwillens, die euch um eurer Leistungswillen innerlich bewundern! Denn eine Riesenleistung habt ihr vollbracht, daß ihr aus dem Nichts die „Arbeiter-Stimme“ geschaffen, daß ihr sie ohne Geld durch eure Aktivität allein nun schon 1 1/2 Jahre hält. Es gibt viele in der Partei — und ihre Zahl wächst! — die eure „Arbeiter-Stimme“ lesen und ich sage es euch offen, daraus Verständnis und Hoffnung zu schöpfen beginnen.

Die Lage in der Partei? Es genügt auf die „Entwicklung“ des Absatzes der „Roten Fahne“ zu verweisen. Diese Dinge sind euch ja genau bekannt. Aber im Innern unserer Mitglieder zu lesen, das könnt ihr nicht so gut, wie wir in der Partei. Das Eis beginnt zu brechen! Langsam, sehr langsam.

Die Apparatschik und ihre Fraktionisten tun alles um diesen Prozeß zu verhindern, zu durchkreuzen. Wie sie das Geringste spüren, los mit der Hetze gegen die Opposition, besonders gegen den Genossen Frey. Aber das gute alte Mittel, das so lange Jahre und so oft geholfen, es verfährt immer weniger, der Wiederhall wird immer schwächer.

Geduld, Geduld und nochmals Geduld! Die Ereignisse, die Zeit wirken. Das Eis beginnt zu brechen.

Mit kommunistischem Gruß

Ein Nichtoppositioneller
aus der Wiener Organisation,
der die **Gesundung** der Partei will.

KOLPORTEURE WERDEN AUFGENOMMEN

ZUSCHRIFTEN AN DIE ADMINISTRATION
WIEN, 3. BEZIRK, MOHSGASSE 35/27a

Dem 6. Weltkongreß entgegen!

Drei Jahre nach dem fünften, soll nun endlich der längst fällige sechste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zusammentreten.

Die wirtschaftliche Kräftigung der neuen russischen Bourgeoisie beginnt sich nun auch durch stärkeres hervortreten bürgerlicher Ideologien zu äußern. Nach der „Prawda“ führte auf der Agitpropkonferenz in Moskau der Teilnehmer Sten aus: „Es macht sich eine Belebung der bürgerlichen Ideen bemerkbar. In einer Reihe von Zeitschriften werden Gedanken ausgesprochen, die das Programm der neuen Bourgeoisie formulieren, die in verhüllter Form für die ungehemmte Entwicklung der Produktkräfte eintritt. . . . Das leichtfertige Verhalten demgegenüber wirkt ungünstig auf unsere Praxis. Die Leute verlieren allmählich den Ausblick, das Endziel unserer Bewegung rückt immer mehr in den Hintergrund, und die Kommunisten arten aus, indem sie immer tiefer in den kleinbürgerlichen Sumpf hineingeraten.“

Gegen diese Entartungserscheinungen bemüht sich Stalin die Arbeiter zu mobilisieren, durch jenes Manifest, das zur Selbstkritik, Demokratie in der Partei ruft.

Schon das der Aufruf die Opposition nicht einmal erwähnt, deren Plattform gerade durch

diesen Aufruf bestätigt wird, stellt dahinter ein großes Fragezeichen.

Das Kommentar der „Prawda“ ist deutlicher. Alles dürft ihr kritisieren, nur nicht die Politik des ZK. Kritik, ja — aber nur gegen die Durchführungsorgane. Wir sehen auch dass die Kommunistischen Parteileitungen nicht daran denken den Aufruf im Parteimaßstabe zu verwirklichen.

Die Tagesordnung des Kongreßes soll umfassen: 1. Die Kriegsgefahr. 2. Die revolutionäre Bewegung in den Kolonien. 3. Die Lage in der Sowjetunion und in der KPSU. Hier soll die Opposition zum 101. Male erschlagen werden. 4. Das Programm. Darnach ist in Rußland alles glänzend. Die Opposition wird überwunden — durch Eskamotage der Tatsachen. Ein echter Stalintrick!

Ohne sich Illusionen hinzugeben, wird die KPOe. (Opposition dem sechsten Kongreß ihre Bereitschaft erklären, alles zu tun, um die Wiedervereinigung aller Kommunisten auf Leninscher Grundlage herbeizuführen. Es versteht sich, daß das nur möglich ist, bei Aufhebung der Ausschlüsse gegen die Leninschen Oppositionellen, bei Wiederherstellung der Leninschen Parteidemokratie und bei realen Garantien für einen wahrhaft revolutionären Kurs nach den Grundsätzen des Leninismus.

Die Kunhetze.

Aus rein politischen Gründen wurde die Kunfensive angekurbelt und wieder abgelassen. Daß die Seipel und Dinghofer die Auslieferung aus „Anständigkeit“ abgelehnt, ist blanker Unsinn. Den innerpolitischen Zweck, den Seipel seinerzeit mit der Kunhetze erzielen wollte, die aufsteigenden Koalitionsneigungen beim konservativen Kleinbürgertum und bei den Mittelkapitalisten zu dämpfen, hat er inzwischen auf andere Weise erreicht. Außenpolitisch aber war ihm die Kunhetze der Wurf mit der Wurst nach dem Schinken, nach der Hundertmillionen Dollaranleihe. Aus Gründen die stärker sind, hat Amerika die Bewilligung hinausgeschoben. Die Auslieferung Kuns war also zwecklos geworden und von Seipel-Dinghofers Standpunkt auch zweckwidrig. Viele gut bürgerliche politische Flüchtlinge weilen in Oesterreich: aus Italien Deutsche und Klerikale, aus Deutschland die faschistischen Mörder, aus der Tschechoslowakei Deutsche und aus allen ehemaligen Habsburgerländern Leute die höchst aktiv die Restauration der Habsburger betreiben. Kun ausliefern hätte geheißen, sich selbst den Rechtsboden nehmen, wenn einmal Stär-

kere die Auslieferung gut bürgerlicher Freunde von Seipel-Dinghofer oder ihren Nachfolgern verlangen. Da trotz monatelangen Suchens nichts Belastendes gefunden wurde, so ließ ihn die Bourgeoisie, um die monatelange Haft wenigstens nachträglich irgendwie zu begründen, wegen „Geheimbündelei“ verurteilen. Die Gefahr für Kun ist allerdings noch nicht vorbei. Denn das zwischen Budapest und Wien Komplote geschmiedet werden ist sicher. Die Arbeiterschaft muß wachen, damit die faschistischen Mordpläne verhindert werden!

Die Verkehrspolizei.

„Schober ist ein Unglück für die Polizei!“ . . . „Schober desorganisiert die Polizei!“ So jammert in allen Tönen seit langer Zeit ununterbrochen die Arbeiterzeitung. Nichts zeigt so die Jämmerlichkeit der sozialdemokratischen Politik wie ihr Verhalten in der Polizeifrage. Ist das ein Standpunkt für eine — daß sich Gott erbarm: „Arbeiterpartei“ — daß ihr Kampf gegen die kapitalistische Polizei besteht im Kampf um die Besserorganisation der kapitalistischen Polizei. Dabei ist dieses Geschrei-

be reinstes Pharisäertum. So sind die Worte, so aber die Taten: Im Jänner 1927 hat die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Linz die Linzer-Gemeindepolizei freiwillig der Schoberpolizei eingegliedert. Und dasselbe geschah mit 1. Juli 1928 mit der Welscher Polizei! Bis zum Beweise des Gegenteils zweifeln wir, daß das gegen den Willen der sozialdemokratischen Gemeindefraktion von Wels geschehen ist.

Mit der Verkehrspolizei fuchelt namentlich der „Abend“ herum, als ob das praktisch eine Aenderung in der sozialdemokratischen Polizeipolitik bedeute. In Wirklichkeit steht die Sache so:

Kommt es zur Besorgung der Verkehrspolizei durch die Gemeinde, so bleibt die Sicherheitspolizei dennoch weitere Sache des Bundes, das heißt Schobers.

Die sozialdemokratische Führung denkt aber an etwas anderes: Sie strebt ein Kompromiß an; sie will in der einen oder anderen Art die Verkehrspolizei praktisch dem Bund überlassen, wenn dafür Schober gepöfirt wird. Der personelle Erfolg soll die Massen beruhigen, zugleich aber das kapitalistische Polizeisystem ungeschoren lassen.

Höhere Löhne, niedrigere Preise!

Jüngst schrieb der „Metallarbeiter“ einen sehr vernünftigen, richtigen Satz: „Höhere Löhne, niedrige Preise wären möglich, aber es fehlt sowohl von Seiten der Arbeiter, wie der Verbraucher an dem erforderlichen Druck, um die Unternehmer zu Zugeständnissen in dieser Richtung zu zwingen.“ Fehlt es den Arbeitern und den Verbrauchern an dem Willen zu diesem Druck? Ganz gewiß nicht! Aber es fehlt die Führung, es fehlt die Partei, die die Arbeiter und Verbraucher zu diesem Drucke führt. Denn auch die Gewerkschaften und Genossenschaften werden faktisch von der Sozialdemokratie geführt. Kann aber die Partei, die die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten pflegt und die Koalitionsregierung mit ihnen anstrebt, kann diese Partei, können die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, Genossenschaften die Arbeiter und Verbraucher ernstlich zum Druck gegen die Kapitalisten führen? Eins schließt das andere aus.

Arbeiter-Sängerbund „Karl Liebknecht“

DAMPFER- SONDERFAHRT NACH HAINBURG

an der Donau

Sonntag, 2. September 1928, bei jeder Witterung

ABFAHRT:	ANKUNFT	RÜCKFAHRT
Sonntag, den 2. September um 7 Uhr früh ab Nußdorf	in Hainburg um 9 ¹⁵ Uhr vorm. Empfang durch Hainburger Arbeiter und Durchzug durch die Stadt	Um 6 Uhr nachmittags. Ankunft in Wien-Handelskai halb 11 Uhr abends

An Bord Musik einer 16 Mann starken Vereinskapelle
sowie eines Schrammel-Terzettes unter Leitung des Gen. Müller

PROGRAMM: Vormittags: Freie Besichtigungen, Ausflüge nach Carnuntum, Ruine Schloßberg-Rötstein, Deutsch Altenburg unter Führung ortskundiger Genossen. — Nachmittags: Ab 2 Uhr großes Gartenfest, veranstaltet von der Bezirksorganisation Hainburg der KP (Opposition), Festrede, Fahnenübergabe und anschließend Tanzkränzchen mit verschiedenen Belustigungen. (Eintritt mit Fahrkarten-Vorweisung frei).

Teilnehmerkarten S 5*20, Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte

Um jedem Proletarier diese Fahrt zu ermöglichen, werden schon jetzt Teilzahlungen für Karten jeden Freitag in der Zeit von 7-9 Uhr abends in Fanowitsch's Gasthaus, XVI., Koppstraße 47, Telephon 30-6-58 entgegengenommen und dortselbst Auskünfte erteilt.

Anmeldung und Fahrkartenausgabe erfolgt längstens bis SAMSTAG, den 11. AUGUST!

Auskünfte und Karten: Gasthaus Papier V., Kohlgasse 4, jeden Freitag 8-10 Uhr abends; Gasthaus Schachner, V., Wimmergasse 6, jeden Samstag 8-10 Uhr abends; Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliengasse 11, jeden Freitag 8-10 Uhr abends (Tel. 83-3-24); Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47, jeden Mittwoch und Freitag 8-10 Uhr abends (Tel. B 30-6-58); Gasthaus Axmann, XX., Marchfelderstraße 27 (Engelsplatz) jeden Montag 7-9 Uhr abends (Tel. A 41-2-36); Gasthaus Maierhofer, XXI., Bahnstegasse 2.

TECHNIK.



Die größte Kraftmaschine der Welt. In der Helgatzentrale (New York) wurde eine Dampfturbine aus den Werkstätten von Brown-Broveri & Cie in der Schweiz, aufgestellt, welche derzeit die stärkste Maschine der Welt sein dürfte. 225.000 PS, liefert sie 160.000 Kilowatt Strom, dabei bedeckt sie eine Grundfläche von 24 m Länge und 12 m Breite, Gewicht komplett 1150 Tonnen, Wasserbedarf stündlich ungefähr 700.000 Liter, Kühlwassermenge für den Kondensator 12-13 Kubikmeter per Sekunde. Dies entspricht der Wasserführung eines Flusses und übertrifft die ganze Wasserversorgung Wiens um etwa das dreifache.

Musikfreunde!

Genossen, (gleich welcher Richtung, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten) welche Lust und Liebe zur Gründung eines Streichmusikvereines haben, mögen sich (unter Angabe des Instrumentes, das sie spielen) beim Arbeiter-Sängerbund „Karl Liebknecht“ (jeden Montag von 7-9 Uhr abends, Gasthaus Axmann, XX., Marchfelderstraße 27, Engelsplatz, Telephon A 41-2-36) schriftlich anmelden. Einige musikalische Vorkenntnisse zur Anmeldung erforderlich!

AUS DER PARTEI.

Preßfond. Nachtrag für Mai: Meidling 9 S, Brigittenau 10 S, Floridsdorf 20 S, Inzersdorfer Fest (Beseda) 5 S; Juni: Brigittenau 10 S, Floridsdorf 10 S.

BRIEFKASTEN

Favoriten 27. Seit 1922 hätte die Opposition hundertmal schon gesiegt und die Partei gesendet, wenn deren Krise nur eine österreichische Frage wäre. Natürlich hat die Krise der KPÖ ihre österreichische Wurzel. International gesehen jedoch ist sie die österreichische Form des Stalin-(früher: Sinowjew-) systems. Niemals hätten sich die Tomans, die diversen Direktorien und ihre diversen Nachfolger bei ihrem vollkommenen politischen, gewerkschaftlichen, organisatorischen Versagen halten können, wenn sie nicht — aus fraktionellen Gründen! — gehalten worden wären zuerst von Sinowjew dann Stalin, denen sie sich dafür als bedingungslose Durchführungsorgane, der jeweiligen Stalinpolitik (früher: Sinowjewpolitik) verschrieben — auf dem Papier, mit dem Mund und — von wenigen Ausnahmen abgesehen: solange Geld kommt: Kampf zur Überwindung des Stalinismus in der österreichischen, KP und zugleich Kampf zur Überwindung des Stalinismus in der ganzen Internationale, das allein führt zur Gesundung der Partei.

Nirgends wurde der Stalinismus so vollkommen durchgeführt wie in Österreich. Die Mitgliedschaft ist absolut ausgeschaltet, sie hat zu kuschen, durchzuführen was die (nebenbei grenzenlos unfähigen) Apparatschiki kommandieren, und — wieder zu kuschen. In Österreich hat der Stalinismus restlos „gesiegt.“ Dafür liegt in Österreich die Partei — restlos auf dem Boden.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 Verantwortlicher Redakteur: Leopold Stiffl, III., Mohrgasse 85/27a Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, Wien, III., Custozzagasse 8